

ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS ANLÄSSLICH DES G20-GIPFELS

CANNES, FRANKREICH, 3. UND 4. NOVEMBER 2011

Einführung und Zusammenfassung	1
Die Nachfrage steigern, um das Wachstum wiederherzustellen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu erreichen	3
Beschäftigung im Mittelpunkt der Konjunkturerholung	4
Entwicklung und Klimaschutz	6
Bekräftigung der G20-Agenda für die Regulierung der Finanzmärkte	7

„Die globale Wirtschaft befindet sich in einer gefährlichen neuen Phase. Die weltweiten Wirtschaftstätigkeiten sind geschwächt und ungleichmäßiger verteilt, das Vertrauen ist in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen, und die Verlustrisiken steigen.“

– Internationaler Währungsfonds, September 2011¹

„Angesichts der Gefahr einer erneuten Krise und der damit verbundenen schwerwiegenden Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte sieht die Welt schwierigen Zeiten entgegen ... Wir fordern unsere Staats- und Regierungschefs auf, zu betonen, dass die Beschäftigung ein Hauptziel der Wirtschaftspolitik ist.“

– G20-Arbeitsminister, September 2011²

Einführung und Zusammenfassung

1 Während die Spitzen der G20 in Cannes zusammentreffen, tritt die Finanz-, Wirtschafts- und soziale Krise, die den Großteil der Weltwirtschaft im Jahr 2008 erfasst hat, in eine „gefährliche neue Phase“ ein. Das Wirtschaftswachstum hat sich in fast allen Ländern verlangsamt, und in den Industrieländern ist die bereits 2010-2011 nur zögerlich in Gang gekommene Konjunkturerholung wieder eingebrochen. Für die G7-Länder wird im letzten Quartal 2011 lediglich ein 0,2%iges Wachstum prognostiziert, und im Euroraum wird für einige der großen Volkswirtschaften mit einem Rückgang ihres BIP gerechnet.³ Auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen schnellere Wachstumsraten zu verzeichnen waren, ist es zu einer Verlangsamung gekommen. Unterdessen sind weiterhin mehr als 200 Millionen Menschen weltweit arbeitslos, 27 Millionen mehr als vor der

¹ IWF, Weltwirtschaftsausblick, September 2011

² Schlussfolgerungen der G20-Arbeitsminister, Paris, September 2011

³ OECD-Zwischenbewertung, September 2011

Krise. Das sich verlangsamende Wachstum könnte zudem die Zahl der 84 Millionen Menschen, die seit dem Beginn der Krise zusätzlich in extremer Armut versunken sind, weiter ansteigen lassen. Die Finanzmärkte verfallen angesichts des ausbleibenden Wachstums allmählich in Panik. Die Bemühungen um die kurzfristige Senkung der Haushaltsdefizite werden das Wachstum lediglich weiter dämpfen und laufen Gefahr, mehrere G20-Volkswirtschaften in eine erneute Rezession zu stürzen, mit verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und sogar politischen Folgen.

2 Die Arbeitslosigkeit stellt inzwischen die größte Einzelgefahr für die Konjunkturerholung dar. Schätzungen der OECD und der IAO zufolge⁴ müssten jährlich 21 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, nur um das Vorkrisenniveau bis 2015 wiederherzustellen. Schon bevor die wirtschaftliche Erholung zum Stillstand kam, war klar, dass das weltweite Wachstum zu schwach war, um ein derartiges Beschäftigungswachstum zu ermöglichen. Mittlerweile steht die G20 vor einem ausgewachsenen Beschäftigungsnotstand, mit der Aussicht auf einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Beginn der Krise hat Jugendliche besonders schwer getroffen, und in Verbindung mit der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit droht die hohe Jugendarbeitslosigkeit, das langfristige Wachstumspotenzial zu schwächen. Ein sich verlangsames Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Zunahme von Einkommensungleichheiten in den meisten G20-Ländern in den zehn Jahren vor der Krise gefährden die Konjunkturerholung, schwächen das langfristige Wachstum und erhöhen die Gefahr einer erheblichen sozialen Explosion und politischen Instabilität.

3 Global Unions fordern die Spitzen der G20 in Cannes auf, das Vertrauen erwerbstätiger Familien wiederherzustellen und nicht nur das der Finanzmärkte, indem sie den Teufelskreis von Arbeitsplatzunsicherheit, Lohndruck, zurückgehendem Verbrauch und blockierten Investitionen durchbrechen. Die Ausweitung der Beschäftigung ist für die Wiederherstellung des Wachstums notwendig, nicht nur Wachstum für die Wiederherstellung der Beschäftigung.

4 Wir fordern die Spitzen der G20 auf, einen vier-Punkte-Plan für Arbeitsplätze und Konjunkturerholung zu beschließen, der nicht nur die Krise eindämmt, sondern auch für eine Welt nach der Krise sorgt, die wirtschaftlich, sozial und ökologisch gerecht und nachhaltig ist. Die G20 muss:

- ihre Zusage von Pittsburgh einhalten und gute Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung rücken, indem differenzierte, jedoch abgestimmte Beschäftigungsziele für die G20-Länder im Rahmen des Prozesses gegenseitiger Bewertungen festgelegt werden, einschließlich Sofortmaßnahmen bezüglich arbeitsintensiver Infrastrukturprogramme, Investitionen in grüne Arbeitsplätze und Arbeitsmarktprogrammen zur Vermittlung von Qualifikationen;
- die strukturpolitische Agenda umgestalten, um die Arbeitsmarktinstitutionen, die Sozialpartnerschaft, Tarifverhandlungen, auf dem Verhandlungsweg oder gesetzlich festgelegte Mindestlöhne sowie die Einkommenssicherung für Niedriglohngruppen zu stärken bzw. auszuweiten und somit die Einkommensungleichheiten zu reduzieren. Dies muss einen Jugend-Beschäftigungspakt beinhalten.
- Fortschritte bezüglich der Schlussfolgerungen des Pariser Arbeitsministertreffens der G20 erzielen und einen sozialen Basisschutz einführen, untermauert durch angemessene finanzielle Mittel im Einklang mit dem jeweiligen Entwicklungsstand;

4 IAO-OECD, aktuelle Statistiken für die Tagung der G20-Arbeitsminister, 26. und 27. September 2011

- die beim G20-Gipfel in London beschlossenen, jedoch nie wirklich vorgenommenen Finanzmarktreformen rasch durchführen und noch darüber hinausgehen, um Finanzkonzerne, die zu groß zum Scheitern geworden sind, in wirksamer Weise umzustrukturieren und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen⁵.

Die Nachfrage steigern, um das Wachstum wiederherzustellen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu erreichen

5 In den ersten 18 Monaten hat die G20 gezeigt, dass sie in der Lage war, gemeinsame Aktionen durchzuführen, um die globale Nachfrage zu steigern und gleichzeitig eine erheblich verbesserte Regulierung der Finanzmärkte anzuregen. Diese Dynamik verflüchtigte sich jedoch mit dem Beschluss des G20-Gipfels von Toronto, der eine 50%ige Senkung der Haushaltsdefizite bis zum Jahr 2015 vorsah, ohne einen beschäftigungsorientierten Wachstumsplan zur Ankurbelung der Nachfrage, sowie mit dem Versäumnis, die Finanzmarktreform durchzuziehen. In Cannes müssen die Spitzen der G20 jetzt denselben politischen Willen wie 2008-2009 aufbringen, um eine abgestimmte Konjunkturerholung für ein beschäftigungsintensives Wachstum in Gang zu bringen und die Löhne zu stützen. Die Fortsetzung der Sparmaßnahmen ohne ein einkommensgesteuertes Wachstum würde die Länder in eine Schuldenfalle treiben und die Nachfrage weiter sinken lassen.

6 Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss in den Mittelpunkt der makroökonomischen Maßnahmen gerückt und die Fiskalpolitik angepasst werden, um das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Fiskalpolitische Ungleichgewichte können mittelfristig nur durch Wachstum und nicht durch Sparmaßnahmen sowie durch die Aufbringung angemessener öffentlicher Mittel für den Erhalt eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstes abgebaut werden. Die Arbeitsminister der G20 haben in Paris erklärt, dass sie ihren Staats- und Regierungschefs empfehlen würden, Arbeits- und Beschäftigungsfragen weiterhin parallel zu wirtschaftlichen, geldpolitischen und finanziellen Fragen zu prüfen, um die Koordination und die Kohärenz der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verbessern und die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken. Sie haben ferner den Beitrag der IAO zum Rahmenwerk für robustes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum begrüßt. Die Finanzminister der G20 zählen die Beschäftigung jedoch nicht zu den makroökonomischen Indikatoren. Beschäftigungsziele müssen jetzt in Wirtschaftsprogramme auf nationaler Ebene einbezogen und bei den Vergleichen im Rahmen des G20-Prozesses gegenseitiger Bewertungen als einer der Indikatoren berücksichtigt werden. Die IAO sollte die Beschäftigungskomponenten des G20-Rahmenwerkes vorbereiten.

7 Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten in die Infrastruktur investieren und beschäftigungsintensiven Projekten, die ein nachhaltiges Wachstum fördern, Priorität einräumen. In Seoul hat die G20 in der Tat ein Szenario für einen gerechten Übergang beschlossen, als sie sich für ländergesteuerte grüne Wachstumsstrategien aussprach, die ein ökologisch nachhaltiges globales Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und gleichzeitig sicherstellen, dass die Armen Zugang zu Energie haben. Auf dieser Position sollte sie in Cannes aufbauen. Eine beschäftigungsintensive Strategie auf der Grundlage grüner Investitionen würde Millionen neuer grüner und menschenwürdiger Arbeitsplätze schaffen und zudem vorhandene Arbeitsplätze grüner und menschenwürdiger machen. Das

⁵ Untermauert in dem neuen Bill-Gates-Bericht für die G20 über Entwicklungsfinanzierung

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)⁶ schätzt, dass eine Investition von 2% des BIP in die grüne Wirtschaft gegenüber einem „Weiter wie bisher“-Szenario bis 2050 eine Zunahme der Arbeitsplätze um 5-10% im Transportsektor, um 26% im Energiesektor und um 30% bei den Wasserversorgungsunternehmen bewirken würde. Die Voraussetzungen für einen „gerechten Übergang“ zu einer grünen Wirtschaft müssen allerdings noch geschaffen werden. Die Regierungen müssen Strategien entwickeln, die auf einer Kompetenzentwicklung und Umschulung, einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, Sozialschutz und dem sozialen Dialog mit den Gewerkschaften basieren.

Beschäftigung im Mittelpunkt der Konjunkturerholung

8 Die Erfahrungen mit der Krise haben gezeigt, dass es einer Umgestaltung der strukturpolitischen Agenda für die Arbeitsmärkte bedarf. Insgesamt haben die Länder mit gut entwickelten Sozialschutzsystemen und Arbeitsmarktinstitutionen die Krise besser überstanden als diejenigen ohne. Die klägliche und stockende Konjunkturerholung, die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut in Rekordhöhe auf dem deregulierten Arbeitsmarkt der USA bilden einen Kontrast zu dem stärkeren, arbeitsintensiven Wachstum in Deutschland, wo auf guten Kündigungsschutz und mit den Gewerkschaften ausgehandelte flexible Arbeitszeit- und Kurzarbeitsregelungen zurückgegriffen wurde, um während der Krise Arbeitsplätze zu erhalten. Die G20 sollte sich bei ihrem Gipfel für eine progressive Reform der strukturpolitischen Maßnahmen aussprechen, um die Qualität der Beschäftigung zu verbessern und den Trend der zunehmenden Einkommensungleichheiten umzukehren, der mit zu der Krise beigetragen hat. Die Spitzen der G20 sollten ihre Arbeitsminister anweisen, die Arbeitsmarktpolitik und -institutionen zu stärken, einschließlich der Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs, womit anerkannt würde, dass eine solide Sozialpartnerschaft und wirksame Arbeitsmarktinstitutionen den Ländern dabei geholfen haben, die Krise zu bewältigen, während deregulierte Arbeitsmärkte zu mehr Unsicherheit und Informalität geführt haben. Die zunehmenden Einkommensungleichheiten sollten durch die Verbesserung entweder gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegter Mindestlöhne und progressive Steuern umgekehrt werden. Die IAO und die OECD sollten eine gemeinsame Überprüfung struktureller arbeitsmarktpolitischer Empfehlungen vornehmen.

9 Vor diesem Hintergrund müssen solidere Mechanismen für einen G20-Ordnungsrahmen entwickelt werden: Bei den kommenden Treffen der G20 muss eine soziale Säule institutionalisiert werden. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass die von den Staats- und Regierungschefs und den Ministern der G20 gefassten Beschlüsse in konkrete Maßnahmen übertragen werden. Global Unions begrüßen daher die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen beim G20-Arbeitsministertreffen im September 2011 und deren Auftrag, je nach Bedarf relevante internationale Organisation, insbesondere die IAO und die OECD, sowie die Sozialpartner zu konsultieren. Die Arbeitsgruppe wird eine äußerst wichtige Rolle dabei spielen, den Empfehlungen der Minister Folgemaßnahmen anzuschließen und bei der Vorbereitung des dritten Arbeitsministertreffens unter der mexikanischen Präsidentschaft für Kontinuität zu sorgen, ebenso wie als Grundlage für Empfehlungen an den G20-Gipfel 2012 in Mexiko. Die mexikanische G20-Präsidentschaft sollte auf dem Beispiel der gemeinsamen Finanz- und Entwicklungsministertagung der G20 im September 2011 aufbauen und die Initiative ergreifen, um eine gemeinsame Tagung der G20-Arbeits- und Finanzminister zu organisieren. Darüber hinaus müssen die Sozialpartnerkon-

6 «Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication», UNEP, 2011

sultationen bei sämtlichen G20-Prozessen systematisch ausgeweitet werden, auch beim G20-Gipfel in Mexiko.

10 Das erste Thema, mit dem sich die G20-Arbeitsgruppe befassen muss, ist Jugendarbeitslosigkeit, und Global Unions sind bereit, eine umfassende Rolle dabei zu übernehmen. Wir fordern einen G20-„Jugendpakt“, der Jugendlichen gute Arbeit und einen Ausbildungsplatz garantieren würde, nachdem sie ihre formale Bildung abgeschlossen haben. Die G20 sollte den sozialen Dialog auf nationaler Ebene unterstützen, um berufliche Bildungs- und Ausbildungsgarantien und Qualifizierungsmaßnahmen, entweder auf Vollzeitbasis oder in Verbindung mit einer Beschäftigung zu entwickeln; Ausbildungs- und gute Praktikumsprogramme zu konzipieren, in Verbindung mit Anreizen für die Beschäftigten und die Arbeitgeber, sie effizient zu gestalten; für Arbeitsplatzgarantien, aktive Arbeitsmarktprogramme, Kündigungsschutz und soziale Sicherheitsnetze zur Unterstützung Jugendlicher zu sorgen. Die Arbeitsgruppe sollte sich zudem mit einer Reihe anderer Beschäftigungsfragen auseinandersetzen, die zu wichtig sind, um sie außer Acht zu lassen, einschließlich der Frage, wie die Zunahme prekärer und informeller Arbeit umgekehrt werden kann, wie Langzeitarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen ist, wie die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt reduziert werden kann, wie erfolgreiche Berufsbildungs- und Ausbildungspraktiken konzipiert werden können, wie grüne Arbeitsplätze und Qualifikationen gefördert werden können, wie beschäftigungsintensive Infrastrukturinvestitionen unterstützt werden können, wie die besten Erfahrungen im Bereich des Arbeitsschutzes ausgetauscht werden können, wie die Systeme der sozialen Sicherheit ausgeweitet und vertieft werden können und wie die Wirksamkeit der Maßnahmen für verschiedene Gruppen von Beschäftigten, Frauen und Männer, jugendliche und ältere Beschäftigte usw., verbessert werden kann. Darüber hinaus sollten Erfahrungen mit erfolgreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen generell ausgetauscht werden, damit sie auf andere Länder übertragen werden können. Die OECD-Empfehlungen⁷ bezüglich Jugendarbeitslosigkeit müssen neu ausgerichtet werden, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

11 Die Arbeitsminister der G20 haben in Paris erklärt, dass sie sich der Rolle und der anhaltenden Bedeutung der relevanten internationalen Arbeitsnormen, wie im Globalen Beschäftigungspakt der IAO von 2009 hervorgehoben, bewusst seien. Dies steht in krassem Widerspruch zu den intensivierten Angriffen auf die Löhne und die Tarifverhandlungsstrukturen in Teilen Europas und in den USA. Die G20-Regierungen sollten stattdessen die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der Rolle der IAO bei den Programmen für krisengebeutelte Länder unterstützen. Dies sollte als Grundlage für die Beschleunigung gemeinsamer Maßnahmen von IAO und IWF⁸ dienen, um für sozialen Dialog auf nationaler Ebene zu sorgen und sicherzustellen, dass die Konjunkturerholung das Wachstum fördert und auf einer erhöhten Kaufkraft und verbessertem Sozialschutz basiert. Es sollte ferner die Grundlage sein für Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und Investitionen in grüne Arbeitsplätze. Darüber hinaus sollte die Weltbank, die sich in ihrem nächsten Weltentwicklungsbericht mit dem Thema Arbeitsplätze befasst, jetzt damit beginnen, die von ihr unterstützten Entwicklungsstrategien stärker auf die Beschäftigung auszurichten.

7 IAO-OECD, Papier für die Tagung der G20-Arbeitsminister, 26. und 27. September 2011

8 IWF/IAO-Konferenz über die Herausforderungen für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt, Oslo, 13. September 2010

Entwicklung und Klimaschutz

12 Angesichts von 1,4 Milliarden Menschen, die in extremer Armut leben und mit weniger als 1,25 Dollar am Tag auskommen müssen, sind Maßnahmen erforderlich, um hinsichtlich der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) Fortschritte zu erzielen und menschenwürdige Arbeit sowie den Sozialschutz in den Mittelpunkt der internationalen Entwicklungsagenda zu rücken. Allzu viele Regierungen sind jedoch gegenwärtig dabei, den Sozialschutz wegen der Krise zu beschneiden und zu kürzen.

13 Durch die Verpflichtung der G20-Arbeitsminister von Paris zur Einführung eines sozialen Basisschutzes und ihre Aufforderung an internationale Organisationen, ihre Maßnahmen wirksamer zu koordinieren, um den Ländern dabei zu helfen, einen auf nationaler Ebene festgelegten sozialen Basisschutz einzuführen, erhält die Arbeit der Regierungen, der IAO und der von Michelle Bachelet geleiteten UN-Beratungsgruppe für sozialen Basisschutz wichtige Unterstützung. Eine derartige Grundsicherung hätte eine schützende und transformierende Wirkung auf die verarmte Hälfte der Weltbevölkerung, die informelle Tätigkeiten verrichtet, einschließlich der Mehrheit erwerbstätiger Frauen. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO 2011 wurden alle IAO-Mitgliedsstaaten zur Einführung eines sozialen Basisschutzes auf nationaler Ebene verpflichtet, um ein Mindestmaß an sozialer Grundsicherung für alle zu ermöglichen: ein auf nationaler Ebene festgelegtes Minimum an Einkommenssicherheit während der Kindheit, im Arbeitsleben und im Alter sowie einen bezahlbaren Zugang zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung. Derartige Maßnahmen wären nicht nur sozial gerecht, sondern hätten auch die Funktion wichtiger wirtschaftlicher Stabilisatoren, nicht zuletzt für die inzwischen mehr als 80 Millionen Menschen, die während der Rezession in extremer Armut versunken sind. Die Spitzen der G20 sollten darauf jetzt aufbauen, indem sie die Position der Arbeitsminister bestätigen.

14 Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten die Entwicklungsfinanzierung und die MDGs generell unterstützen, einschließlich der Erfüllung ihrer Zusagen bezüglich eines Zugangs zur Vorbeugung und Behandlung von HIV und Aids für alle sowie der Beschleunigung von Fortschritten in Richtung auf sozialen Basisschutz über das UNDP, die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken sowie bilaterale offizielle Entwicklungshilfe. Sie müssen die Erschließung alternativer Finanzierungsquellen fördern, inklusive der Bekämpfung von Steuerflucht und Steueroasen und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn es um den Zugang zu Arzneimitteln geht, muss zudem die öffentliche Gesundheit Vorrang vor Einschränkungen hinsichtlich der Rechte an geistigem Eigentum haben.

15 Beim Gipfel in Seoul wurde beschlossen, die besten vorhandenen Sozialstandards für private Investitionen in Wertketten festzustellen und zu fördern und IAO, OECD, UNDP, UNCTAD und der Weltbank den Auftrag zu erteilen, gemeinsame Empfehlungen auszusprechen, um private Investitionen zu maximieren und den Regulierungsrahmen für aus- und inländische Investitionen zu unterstützen. Dies muss auf den maßgebenden internationalen Instrumenten in diesem Bereich basieren, d.h. auf den überarbeiteten OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen, der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik und den vom UN-Menschenrechtsrat im Juni 2011 verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Die G20 sollte ihre Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung in Verbindung mit der Arbeit der OECD zur Inkraftsetzung ihrer Korruptionsbekämpfungskonvention

und ihrer Erklärung zu Redlichkeit, Integrität und Transparenz im internationalen Geschäfts- und Finanzverkehr stärken.

16 Die bei der COP16 im Dezember 2010 vertretenen Regierungen erklärten, dass ein Abkommen für die Zeit nach 2012 den Temperaturanstieg auf weniger als 2°C begrenzen sollte, und sie beschlossen ein Verfahren für die Überprüfung dieses Ziels und dessen eventuelle Senkung auf 1,5°C in ein paar Jahren. Die Ergebnisse der COP16 sind jedoch nach wie vor bescheiden, und die Industrieländer haben bezüglich Emissionssenkungen und der Finanzierung des Klimaschutzes weiterhin kaum Ehrgeiz an den Tag gelegt. Beim G20-Gipfel in Cannes müssen konkrete Schritte bei der COP17 im Dezember 2011 in Durban befürwortet werden, um dem Prozess eine neue Dynamik zu verleihen, indem man sich zu einer rechtsverbindlichen Architektur für den Klimaschutz verpflichtet und die Frage der Ressourcen für langfristige Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes klärt.

17 Im Zusammenhang mit der Rio+20-Konferenz über nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 ist es wichtig, dass sich die G20-Regierungen zu Maßnahmen verpflichten, die sich auf alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (die soziale, die ökologische und die wirtschaftliche) positiv auswirken, u.a. durch die Förderung individueller Verpflichtungen der einzelnen Länder zu grünen und menschenwürdigen Arbeitsplätzen, um den Schwächsten bei der Bewältigung neuer Umweltkrisen zu helfen.

Bekräftigung der G20-Agenda für die Regulierung der Finanzmärkte

18 Die Verschärfung der Staatsschuldenkrise während des Sommers, die die Weltwirtschaft an den Rand einer erneuten Rezession gebracht hat, ging zum Teil auf den massiven und bedingungslosen Transfer von Bankschulden auf Regierungen und auf das Versäumnis zurück, das globale Finanzsystem nach der Finanzkrise von 2008 zu reformieren. Die Regierungen müssen die internationale Zusammenarbeit und die regionalen Ordnungsprozesse ausweiten, um die Faktoren unter Kontrolle zu bringen, die diesen beispiellosen Anstieg der Staatsschulden verursachen. Die G20 und der IWF sollten bei Bedarf Umschuldungen unterstützen, und diese Umschuldungen sollten Reduzierungen privater Hypotheken in Ländern beinhalten, in denen die Immobilienpreise eingebrochen sind, ebenso wie die Umschuldung von Staatsschulden untragbar hoch verschuldeter Länder. In Europa würden die Emission von „Eurobonds“ und progressive Steuerreformen die Schuldenbelastung einzelner Mitgliedsländer und vor allem der am meisten von der Krise betroffenen Mittelmeerwirtschaften erheblich mindern.

19 Für die Mehrzahl der OECD-Regierungen besteht die größte Gefahr in den kommenden Jahren jedoch nicht in Staatsschulden, sondern darin, dass sie den Risiken und Schulden des privaten Bankensystems ausgesetzt sind. Neben zahlreichen staatlichen „Garantien“ zur Deckung der Schulden von Geschäfts- und Investmentbanken und sonstiger „unkonventioneller“ Liquiditätshilfen der Zentralbanken haben private Banken in der OECD seit Ende 2008 1,7 Billionen US-Dollar an direkter staatlicher Unterstützung erhalten. Diese Garantien und Hilfen stellen „Eventualverbindlichkeiten“ in den Bilanzen der Regierungen dar und werden bei ihrem Rating berücksichtigt. Sie machen heute im Durchschnitt 20-30% des BIP in den OECD-Volkswirtschaften aus.

20 Auf diese Weise subventionieren die Bürger und die Steuerzahler private Banken, obwohl die Profite, Dividenden und Boni der Banker inzwischen



IMF
www.imfmetal.org



ITUC
www.ituc-csi.org



TUAC
www.tuac.org



BWI
www.bwint.org



EI
www.ei-ie.org



IAEA



ICEM
www.icem.org



IFJ
www.ifj.org



ITF
www.itf.org.uk



ITGLWF
www.itglwf.org



IUF
www.iuf.org



PSI
www.world-psi.org



UNI
www.union-network.org

wieder ihren Vorkrisenstand erreicht haben und die Kreditvergabe an Klein- und Mittelbetriebe sowie private Haushalte nicht. Gleichzeitig behindern die Lobbyisten der Banken in vielen Hauptstädten seit langem überfällige Finanzreformen. Die Macht des Bankwesens wächst durch seine übermäßige Marktkonzentration, die nach der Krise sogar noch zugenommen hat und den globalen Finanzkonzernen zugutekommt, die „zu groß zum Scheitern“ geworden sind. Unterdessen breiten sich neue und alte Formen der Finanzspekulation – wie etwa „Hochfrequenzhandel“ und „ungedekte Leerverkäufe“ – aus, die Ratingagenturen wurden nicht reformiert, und es sind nach wie vor massive Möglichkeiten für Regulierungs- und Steuerarbitrage sowie Lecks in Richtung auf das „Schattenbanksystem“ vorhanden.

21 Der im April 2009 in London beschlossene G20-Aktionsplan beinhaltet eine willkommene Reform des „Basel-III-Rahmenwerks“ sowie zusätzliche Aufsichtsmechanismen und Kapitalzuschläge für „systemisch“ wichtige Finanzkonzerne. Diese Reformen müssen schnell und ohne Verzögerungen durchgeführt werden. Dies allein wird jedoch nicht ausreichen, um die der Krise von 2008 zugrunde liegenden Ursachen in den Griff zu bekommen. Die G20 sollte:

- Basel III und die zusätzlichen Regeln für globale Finanzkonzerne überall und zügig in Kraft setzen;
- Beschränkungen für die Größe und die Komplexität von Finanzinstituten vereinbaren, um Konzerne, die zu groß zum Scheitern sind, aufzulösen, einschließlich einer obligatorischen Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken;
- krisenbedingte staatliche Garantien für Banken auslaufen lassen und sie durch industriefinanzierte Versicherungssysteme wie den Beitrag zur Finanzstabilität ersetzen;
- einen kleineren, jedoch diversifizierteren und transparenteren Finanzsektor anstreben, über die Auflösung von Konzernen, die zu groß zum Scheitern sind, hinaus, durch ein größeres Spektrum staatlicher und genossenschaftlicher Institute, die Regulierung der „Schattenbanken“ und eine Reform der Grundsätze der Unternehmensführung zugunsten der Stakeholder;
- kurzfristige Finanzspekulationen begrenzen, durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die zudem erhebliche Einnahmen bringen würde, sowie durch Verbote und Vorschriften für den außerbörslichen (OTV-) Handel mit Derivaten und Beschränkungen kurzfristiger Geschäfte;
- das Geschäftsmodell der Ratingagenturen reformieren, um Interessenkonflikte zu beseitigen, u.a. durch die Ausweitung ihrer gesetzlichen Haftung und durch mehr Transparenz und Wettbewerb in der Branche.